

Neuer Vorstoß gegen „Beton-Buckelpiste“

A 94-Lärm: Gemeinderat Lengdorf wendet sich an Verkehrsministerium und Regierung

VON ANNE HUBER

Lengdorf – Lengdorf lässt bei der A 94 nicht locker: Mit einem neuen Antrag will die Kommune die politisch Verantwortlichen auffordern, beim Lärmschutz nachzubessern. Weil der Verkehrsausschuss des Landtags die erste Petition der Gemeinde der Staatsregierung lediglich als „Material“ und nicht zur „Berücksichtigung“ an die Staatsregierung weitergeleitet hat, hat Gemeinderat Reinhard Schatz (FW) einen Folgeantrag verfasst.

Dieser soll nun überarbeitet und möglichst mit Unterstützung weiterer betroffener Kommunen beim Bayerischen Verkehrsministerium als ausführende Behörde und der Planfeststellungsbehörde, der Regierung von Oberbayern, eingereicht werden.

Schatz, der als Kopfsburger selbst stark von den Auswirkungen der A 94 betroffen ist, fordert die Verantwortlichen für den Bau auf, die Vorgaben des Paragraf 41 Bundesimmissionsschutzgesetz zu erfüllen. Danach ist beim Bau öffentlicher Straßen sicherzustellen, „dass durch diese keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche hervorgerufen werden können, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind“. Dazu sollen die für den Bau Verantwortlichen in dem staatlich initiierten ÖPP-Verfahren geklärt werden, fordert er.

Auch Schatz' Gemeinderatskollegen sind davon überzeugt, dass die bauliche Ausführung des Streckenabschnitts nicht dem Stand der Technik entspricht. Für Franz Obermeier (LOS) ist es unver-



„ Es ist schon mehrmals vorgekommen, dass auswärtige Autofahrer von der Autobahn abgefahren und zu einer Kfz-Werkstatt in Lengdorf gefahren sind, weil sie wegen dem lauten Fahrgeräusch befürchtet haben, dass ihr Auto defekt ist.

Bürgermeisterin
Michèle Forstmaier

ständig, dass „die Beton-Buckelpiste“ von den Verantwortlichen als ordnungsgemäß hergestellt bezeichnet werde. Laut Peter Frank (FW) zeigen die Lärm mindernden Maßnahmen an den Autobahnabschnitten in München, dass es „Bürger erster und zweiter Klasse“ gebe. „Eigentlich müsste es die Leute zerreißen, die von der A 94 massiv geplagt sind, wenn sie so etwas lesen“, sagte er.

„Im falschen Film“ wählte sich Hermine Spiegl (LOS), als sie von der Entscheidung der Erdinger CSU-Landtagsabgeordneten Ulrike Scharf erfuhr, der Petition nicht die volle Unterstützung angedeihen zu lassen. Kritik an der CSU hatte auch Vize-Bürgermeister Philipp Greimel (FW), der die Vorgehensweise im Zusammenhang mit der A 94 als „Volksbetrug großes

Unrecht und Schande für Bayern“ bezeichnete. Um den Privatunternehmen eine möglichst risikoarme Wartung zu ermöglichen, habe man sich auf einen Belag Waschbeton eingelassen, wo Flüsterasphalt angebracht gewesen wäre. Eine schärfere Formulierung wünschte sich Veronika Holnburger (FW).

Einig war man sich, dass möglichst alle betroffenen Kommunen mit ins Boot geholt werden müssen, um dem Antrag Nachdruck zu verleihen. Bürgermeisterin Michèle Forstmaier (FW) will deshalb Kontakt zu ihren Bürgermeisterkollegen aufnehmen. Sie erinnerte daran, dass die Lärmgrenzwerte bei einer aktuellen Auslastung der A 94 von 80 Prozent bei Lkw und 60 bis 70 Prozent bei Pkw nur knapp unterschritten werden. Für das Gemein-

degebiet Lengdorf habe die Messung bei Außerbittlbach einen nächtlichen Mittelwert von 52,5 dB (A) ergeben und liege damit um 1,5 dB (A) unter dem Grenzwert. „Wir können jetzt Druck machen und Nachbesserungen fordern“, sagte sie. Als richtiges Signal bezeichnete sie das Abstimmungsergebnis: Alle Lengdorfer Gemeinderäte votierten für den Antrag.

Die Untauglichkeit des Fahrbahnbelags werde durch eine Beobachtung belegt, die Autobahnanwohner schon gemacht hätten, so Forstmaier: „Es ist schon mehrmals vorgekommen, dass auswärtige Autofahrer von der Autobahn abgefahren und zu einer Kfz-Werkstatt in Lengdorf gefahren sind, weil sie wegen dem lauten Fahrgeräusch befürchtet haben, dass ihr Auto defekt ist.“